

Gezielte Überarbeitung der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO): Erweiterung auf nationale Fonds in Verbindung mit bestimmten Programmen der EU (HT.5224)

Juliana Kleine
Abteilungsleiterin
Bereich Fördergeschäft und Finanzierung

Tel.: 030 8192-272
Fax: 030 8192-278
juliana.kleine@voeb.de

Als Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB, vertreten wir die Interessen der 19 deutschen Förderbanken, die bundesweit oder regional ein Bindeglied zwischen Politik, Verwaltung und Wirtschaft darstellen. Im Fokus der Tätigkeit dieser Bankengruppe, die im Auftrag ihrer Eigentümer – Bund und Bundesländer – handelt, steht die Durchführung von zielgerichteten Fördermaßnahmen. Ein großer Teil ihrer Förderaktivitäten entfällt auf die Unterstützung kleiner und mittelständischer Unternehmen. Dazu werden nationale und regionale Fördermittel eingesetzt und zusätzlich mit europäischen Fördermitteln die Finanzierungsmöglichkeiten für KMU verbessert. Dabei agieren die deutschen Förderbanken immer auf der Grundlage der europäischen beihilferechtlichen Vorschriften. Vor diesem Hintergrund möchten wir nachfolgend zum 2. Entwurf der erweiterten AGVO Stellung nehmen.

Datei-Nr.: 810187-g20_Stellungnahme
Seite 1/3

Grundsätzliche Anmerkungen

Die neuen Freistellungstatbestände in der AGVO sollen primär dazu dienen, die Kombination von nationalen Mitteln mit Finanzierungen aus dem EU-Haushalt (InvestEU) zu erleichtern. Dies ist zu begrüßen. Wir erwarten auch, dass die neuen Beihilferegeln den Erfolg von InvestEU nachhaltig unterstützen werden. Allerdings könnte der Mehrwert der neuen Freistellungstatbestände für die wirtschaftlichen und strukturpolitischen Ziele in der EU umso größer sein, wenn die neuen Regeln auf andere EU-Fördermittel wie z. B. die Strukturfondsmittel oder auch auf rein nationale Förderprogramme Anwendung finden könnten.

Anmerkungen im Einzelnen

- **Zu Artikel 2 Nummer 173**

Die vorgeschlagene Definition des sozialen Wohnungsbaus entspricht nicht der Realität in vielen Mitgliedstaaten. Vor diesem Hintergrund ist auch der Versuch einer europaweit gültigen Definition des sozialen Wohnungsbaus u. E. nicht zielführend. Stattdessen regen wir an, die Merkmale des sozialen Wohnungsbaus zu benennen, die für ihn kennzeichnend sind. Vor diesem Hintergrund schlagen wir folgende Änderung vor:

Bundesverband Öffentlicher Banken
Deutschlands, VÖB, e.V.
Lennéstraße 11, 10785 Berlin
www.voeb.de

Präsident: Eckhard Forst
Stellvertretender Präsident: Rainer Neske
Hauptgeschäftsführerin: Iris Bethge

173. „soziale Dienstleistungen“: genau festgelegte Dienstleistungen zur Deckung des sozialen Bedarfs im Hinblick auf Gesundheitsdienste und Langzeitpflege, Kinderbetreuung, Zugang zum Arbeitsmarkt, den sozialen Wohnungsbau (~~d. h. Wohnraum für benachteiligte Bürger oder sozial schwächere Bevölkerungsgruppen, die nicht die Mittel haben, sich auf dem freien Wohnungsmarkt eine Unterkunft zu beschaffen~~) sowie die Betreuung und soziale Einbindung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen (im Sinne des Erwägungsgrunds 11 des Beschlusses 2012/21/EU der Kommission);

173a. „sozialer Wohnungsbau“: i) ist eine regional differenzierte, vom Wohnungsmarkt abhängige finanzielle Förderung eines Objektes, das zum Wohnen bestimmt ist, ii) in dem Menschen wohnen, die unter einem bestimmten zu definierenden Einkommen liegen (welches regionale Unterschiede in der EU berücksichtigt) und iii) welche eine Mietpreis- und Belegungsbindung (Sozialbindung) für einen längeren Zeitraum auslöst, iv) die durch staatliche Stellen kontrolliert wird.

- **Zu Artikel 56d Absatz 1**

Wir begrüßen die neue Formulierung und danken für die Umsetzung unserer Anregung.

- **Zu Artikel 56d Absatz 4**

Die neue Formulierung halten wir für präzise und danken für die Umsetzung unserer Anmerkungen.

- **Zu Artikel 56e Absatz 1 Buchstabe b)**

Wir begrüßen diesen neuen Ansatz zur Bestimmung des Beihilfewertes bei Darlehen für InvestEU-unterstützte Förderungen und danken für die Konkretisierung des beihilfekonformen Marktzinses auf den praxistauglichen Basiszins des zum Zeitpunkt der Darlehensgewährung geltenden Referenzzinssatzes. Die jetzt gewählte Regelung unterscheidet nicht mehr, wie im ersten Entwurf, zwischen Darlehen mit festem Zinssatz und Darlehen mit variablem Zinssatz. Wir gehen daher davon aus, dass die Regelung nun auf alle denkbaren Darlehensformen, wie z. B. auch Darlehen mit variablem Zinssatz, Anwendung findet.

Wir vermissen dagegen die bisherigen Regelungen aus dem ersten Entwurf zur Beihilfekonformität von InvestEU-unterstützter Förderung in der Form von Garantien und Eigenkapitalmaßnahmen.

- **Zu Artikel 56e Absatz 9 Buchstabe b)**

Wir begrüßen den Verzicht auf laufzeitabhängige Darlehensvolumina je Endempfänger und unterstützen die Erhöhung des maximalen Darlehensvolumens auf 2 Millionen Euro.

Bundesverband Öffentlicher Banken
Deutschlands, VÖB, e.V.
Lennéstraße 11, 10785 Berlin
www.voeb.de

Präsident: Eckhard Forst
Stellvertretender Präsident: Rainer Neske
Hauptgeschäftsführerin: Iris Bethge

Der Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB, ist ein Spitzenverband der deutschen Kreditwirtschaft. Er vertritt die Interessen von 61 Mitgliedern, darunter die Landesbanken sowie die Förderbanken des Bundes und der Länder. Die Mitgliedsinstitute des VÖB haben eine Bilanzsumme von rund 2.800 Milliarden Euro und bilden damit etwa ein Drittel des deutschen Bankenmarktes ab. Mit mehr als 70.000 Beschäftigten nehmen unsere Mitgliedsinstitute ihre Verantwortung für Mittelstand, Unternehmen, die öffentliche Hand und Privatkunden wahr und sind in allen Teilen Deutschlands fest in ihren Heimatregionen verwurzelt. Weitere Informationen unter www.voeb.de

Nummer im Transparenz-Register der EU: 0767788931-41

Bundesverband Öffentlicher Banken
Deutschlands, VÖB, e.V.
Lennéstraße 11, 10785 Berlin
www.voeb.de

Präsident: Eckhard Forst
Stellvertretender Präsident: Rainer Neske
Hauptgeschäftsführerin: Iris Bethge